

PRESSEMITTEILUNG #80 – 11. März 2020

Martin Habersaat:

### **Der Winterschlaf ist vorbei, geschätzte Landesregierung!**

Zum Fachkräftemangel bei den Musiklehrern an den Grundschulen, der heute durch eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung, des Deutschen Musikrates und der Landesmusikräte-Konferenz erneut festgestellt wurde, erklärt der bildungs- und kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Die harten Fakten, die die Bertelsmann Stiftung und die Musikverbände heute veröffentlicht haben, bescheinigt der Landesregierung, dass sie das Problem des Fachkräftemangels, gerade im musischen Bereich, zwar erkannt hat, dass sie aber keine Strategien dafür hat, das Problem zu lösen. Wenn es dabei bleibt, wird in acht Jahren nicht einmal mehr die Hälfte der erforderlichen Musiklehrkräfte an unseren Grundschulen vorhanden sein. Gebetsmühlenartige Bekenntnisse zum hohen Stellenwert der musischen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung helfen nicht weiter. Über Werbekampagnen hinaus benötigen wir eine ausreichende Zahl von Studienplätzen an allen drei Hochschulen, die die künftigen Musiklehrkräfte ausbilden; wir brauchen auch zusätzliche Anreize, die die Grundschulen zu einem attraktiven Arbeitsplatz machen, wenn wir es nicht hinnehmen wollen, dass andere Musikinstitutionen die qualifizierten Lehrkräfte abwerben. Dass die CDU-Fraktion von einem „Weckruf“ an die eigene Regierung spricht, lässt erkennen, dass selbst die größte Regierungspartei mit dem Nachwuchsmanagement des Bildungsministeriums unzufrieden ist. Die Heranziehung von Kirchenmusikern wird wegen ihrer Festlegung auf ein sehr schmales Segment der musikalischen Formen kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Wenn nichts daran vorbeiführt, Musiker ohne grundständige pädagogische Ausbildung an den Schulen einzusetzen, werden die zahlreichen musikalischen Vereine und Verbände im Land wohl ein ergiebigeres Reservoir bieten als die Kirchen. Auch muss über Kooperationen mit Musikschulen gesprochen werden, ohne diese in ihrer Existenz zu gefährden, indem man ihre Fachkräfte abwirbt.“